

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Michael Luther, Dr. Angela Merkel, Günter Nooke, Gerda Hasselfeldt, Heinz Seiffert, Gunnar Uldall, Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), Dr. Peter Paziorek und der Fraktion der CDU/CSU

**zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksachen 14/40, 14/408 –**

Entwurf eines Gesetzes zum Einstieg in die ökologische Steuerreform

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die im nationalen Alleingang geplante Erhöhung der Mineralölsteuer auf Kraftstoffe, Heizöl und Erdgas sowie die Einführung einer neuen Steuer auf Strom schwächen den Standort Deutschland. Sie sind wettbewerbsverzerrend, beschäftigungsfeindlich, unsozial und nicht umweltentlastend. Für die Unternehmen in den neuen Bundesländern sind sie existenzbedrohend, für die Bürger stellen sie einen deutlichen Rückschritt in der Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland dar.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

diese Erhöhung der Mineralölsteuer und Einführung einer Stromsteuer sofort zurückzunehmen und statt dessen unverzüglich mit konkreten Vorschlägen während der deutschen EU-Präsidentschaft eine Angleichung der Energiebesteuerung in Europa zu erreichen. Die im vorgelegten Gesetzentwurf hierzu enthaltenen unverbindlichen Absichtserklärungen sind völlig unzureichend.

Bonn, den 22. Februar 1999

Dr. Michael Luther

Dr. Angela Merkel

Günter Nooke

Gerda Hasselfeldt

Heinz Seiffert

Gunnar Uldall

Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)

Dr. Peter Paziorek

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Begründung

Die bisherigen Energiepreise in Deutschland lagen nach Angaben der Internationalen Energieagentur (IEA) und des Statistischen Amtes der EU (Eurostat) bereits teilweise sogar um mindestens ein Drittel höher als in anderen Ländern. Noch ausgeprägter sind die Preisunterschiede zwischen Europa und den neuen Bundesländern. Dort waren erhebliche Umstrukturierungen, Modernisierungen und Umweltsanierungen erforderlich, die sich auch im Vergleich zu Westdeutschland in höheren Energiepreisen niederschlagen.

Die Begünstigungstatbestände für das produzierende Gewerbe sind rein willkürlich gewählt und ändern nichts an der Verschlechterung deutscher Wettbewerbspositionen in Europa und auf dem Weltmarkt. Die komplizierte und aufwendige Anrechnungsmethode wird bei den Unternehmen und dem Staat zu enormem Personal- und Kostenaufwand führen. Die ehemalige Bundesregierung hatte die richtige Richtung vorgegeben: Nun müssen Harmonisierungsanstrengungen in Europa an erster Stelle stehen. Die Bundesregierung ist hierzu bislang ihrer Verantwortung im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft nicht nachgekommen.

Nicht nur die Unternehmen, auch die Bürger werden zusätzlich belastet, ohne daß im Gesetzesvorhaben eine ausreichende Kompensation enthalten ist.

Die geplante Benzinpreiserhöhung trifft Bürger in ländlichen Räumen und insbesondere die Bürger in den neuen Ländern überdurchschnittlich hoch. Außerdem betroffen sind Bürger, insbesondere Rentner und Arbeitslose, die nicht von der Entlastung bei den Sozialversicherungsbeiträgen profitieren.

Gleichzeitig scheidet ein Ausweichen auf umweltentlastende öffentliche Verkehrsmittel aus. Denn durch die neuen Steuern werden Mehrkosten für die Deutsche Bahn AG von über 300 Mio. DM und für die übrigen öffentlichen Verkehrsunternehmen von über 100 Mio. DM geschätzt. Merkliche Preiserhöhungen bzw. Serviceverschlechterungen sind die Folge. Dieses Ergebnis beweist die gesamte Widersinnigkeit der sog. Ökosteuer.